

Die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im August 2021 hat das Leben der Menschen dort verändert. Besonders stark sind Frauen und Mädchen betroffen. Ihre Rechte wurden seitdem massiv eingeschränkt. Viele müssen um ihr Leben bangen.

Die Behauptung von Taliban-Führern, ihre Einstellung zu Frauenrechten habe sich weiterentwickelt, ist durch Tatsachen der letzten Wochen leider widerlegt. Das zeigen auch Recherchen von Amnesty International. Auf allen Ebenen des täglichen Lebens hat sich die Lage besonders für Frauen und Mädchen dramatisch verschlechtert.



An einem Kosmetiksalon in Kabul wurden Bilder von Frauen unkenntlich gemacht

ARBEITSVERBOT FÜR FRAUEN

Abgesehen von Mitarbeiterinnen im Gesundheitswesen und einigen wenigen Ausnahmen wurde den afghanischen Frauen mitgeteilt, dass sie nicht mehr arbeiten dürfen und zu Hause bleiben sollen. Bis sich die Situation "normalisiert" habe und "frauenbezogene Verfahren eingerichtet" worden seien. Das Arbeitsverbot hat die wirtschaftlichen Probleme vieler Familien, die noch vor wenigen Monaten über die Einkommen von Frauen verfügten, zusätzlich verschärft. Viele stehen nun vor dem Nichts. Darüber hinaus hat der Ausschluss von Frauen aus dem öffentlichen Dienst besonders in Behörden zu großen Personallücken geführt. Diese können nun nicht mehr effizient arbeiten. Die Aussagen einiger Frauen, mit denen Amnesty sprechen konnte, zeigen eindrücklich die Auswirkungen des Berufsverbots. Aber auch, was viele in den letzten 20 Jahren erreicht haben.*



Sediqa Mushtaq, Geschäftsfrau:

"Seit 2014 bin ich Leiterin einer medizinischen Hochschule und seit 2021 leite ich meinen eigenen Kindergarten. 2021 wurde ich vom Handelsministerium als eine der zehn erfolgreichsten Geschäftsfrauen in Afghanistan ausgezeichnet. Die frühere Situation [2001-2021]

war nicht angenehm, aber es gibt einen gewaltigen Unterschied zu heute. Eine diskriminierende Haltung war bei einigen Männern vorhanden, aber jetzt sind solche Verhaltensweisen legal und Teil der offiziellen Politik der Taliban. Seit ihrer Rückkehr habe ich alles verloren. Ich kann nicht arbeiten. Als ich hörte, dass die Taliban in Kabul einmarschiert waren, fühlte ich mich, als würde ich in Stücke brechen. Es ist schmerzlich zu sehen, dass von 1.400 Studierenden nur 300 in die Universität kommen können. Ich musste meinen Kindergarten schließen, weil die Frauen jetzt zu Hause sind und nicht zur Arbeit gehen dürfen. Dies waren die schwersten Momente meines Lebens. Die internationale Gemeinschaft muss Druck auf die Taliban ausüben, damit sie Frauen erlauben zu arbeiten. Jegliche Hilfe für Afghanistan muss an die Bedingung geknüpft werden, dass Frauen in staatlichen und nichtstaatlichen Sektoren voll mitwirken."



Fawzia Amini, Richterin am Obersten Gerichtshof:

"Als die Taliban im August 2021 die Kontrolle über Afghanistan übernahmen, war ich schockiert und wie betäubt. Es war ein Albtraum und ich konnte nicht glauben, was geschah. Ich sah meine 20 Jahre harte Arbeit, meine Ausbildung

und meine Berufserfahrung in Sekundenschnelle vor meinen Augen verschwinden. Ich wusste, dass es für mich und Millionen afghanischer Frauen nie mehr so sein würde wie früher. Ich erhielt Morddrohungen, wie auch andere Richterinnen, und wir verloren sogar das Schutzsystem, das wir unter der vorherigen Regierung hatten. Sie wollen die Frauen aus der Gesellschaft

verbannen und uns alle zu Gefangenen in unseren eigenen Häusern machen. Die internationale Gemeinschaft muss sehr vorsichtig sein, um die Taliban nicht international anzuerkennen. Sie müssen den Taliban sagen, dass es keine "Gesellschaft nur eines Geschlechts" geben darf und dass sie eine inklusive Regierung zusammenstellen müssen."



Maria Kabiri, Schulleiterin und Professorin:

"Von 2009 bis 2018 war ich Rektorin eines Gymnasiums in Kabul und von 2018 bis 2021 Professorin an einer privaten Universität. Ich habe hart und erfolgreich daran gearbeitet, die Qualität der Bildung zu verbessern und Diskriminierung in der Arbeitswelt zu verhin-

dern. Unter den vorherigen Regierungen hatte ich das Recht, an sozialen Aktivitäten teilzunehmen, konnte meine Karriere verfolgen und aktiv an der Gemeindeentwicklung mitwirken. Ich hatte das Recht, auf Leitungsebene in Bildungseinrichtungen zu arbeiten. Es gab auch geschlechtsspezifische, ethnische und sprachliche Diskriminierung. Doch trotz dieser Hindernisse konnten Frauen unter der früheren Regierung für ihre Rechte eintreten. Das geht jetzt nicht mehr. Seit der Machtübernahme durch die Taliban sitze ich wie andere berufstätige Frauen zu Hause und darf nicht mehr arbeiten."



Azam Ahmadi, Rechtsanwältin:

"2017 gründete ich meine eigene NGO Voice of Law and Welfare Organization. Ich arbeitete als Pro-bono-Anwältin für Frauen und Mädchen, die von häuslicher und anderer Gewalt betroffen waren. Seitdem die Taliban die Kontrolle über das Land übernommen haben, fühle ich mich

wie im Gefängnis. Selbst Gefangene haben Rechte, aber Frauen haben unter den Taliban keine Rechte. Als Strafverteidigerin habe ich anderen Menschen geholfen, Zugang zu ihrem Recht zu erhalten. Jetzt kann ich nicht mal mein eigenes Recht auf Arbeit durchsetzen. Das tut mir sehr weh. Das ist eine systematische Verletzung der Rechte der Hälfte der Bevölkerung."

SCHULVERBOT FÜR MÄDCHEN AB 12 JAHRE

Seit dem 20. September 2021 dürfen Mädchen ab der sechsten Klasse, also ab dem 12. Lebensjahr, nicht mehr zur Schule gehen. Amnesty-Recherchen zeigen, dass sich Familien oft nicht trauen, ihre Töchter überhaupt noch zur Schule zu schicken. Lehrer_innen, die sich für Gleichstellung einsetzen, wurden bedroht. In den letzten 20 Jahren konnten Millionen Mädchen ihre Schulbildung abschließen. Viele von ihnen wollten Ärztinnen, Wissenschaftlerinnen, Journalistinnen und Expertinnen auf ihrem Gebiet werden. Das hat sich jetzt alles geändert. Die starre Geschlechtertrennung an den Universitäten hat die Möglichkeit vieler junger Frauen zu studieren eingeschränkt. Viele setzen aus Angst vor den Taliban ihr Studium nicht mehr fort.

"WIR SIND NIRGENDWO MEHR SICHER"

In den vergangenen Monaten haben die Taliban Tausende Männer aus Gefängnissen entlassen, die verurteilt worden waren, weil sie Frauen und Mädchen brutal misshandelt hatten. Den Überlebenden teils jahrelanger Gewalt droht nun die Rache dieser Männer. Ebenfalls in Gefahr sind diejenigen, die in Frauenhäusern gearbeitet oder als Anwält_innen die Gewalttäter hinter Gitter gebracht haben. Vor der Machtübernahme durch die Taliban hatten viele Frauen und Mädchen, die geschlechtsspezifische Gewalt erlebt haben, Zugang zu einem landesweiten Netz von Frauenhäusern und weiteren Einrichtungen, einschließlich kostenloser Rechtsberatung, medizinischer Behandlung und psychosozialer Unterstützung. Das System war nicht perfekt, aber es half jedes Jahr Tausenden von Afghaninnen. Frauen und Mädchen, die jetzt von Gewalt betroffen sind, können sich nirgendwo mehr hinwenden. Frauenhäuser und sonstige Hilfsangebote wurden reduziert bzw. sind ganz geschlossen. Diejenigen, die dringend Unterstützung und einen sicheren Zufluchtsort benötigen, sind sich selbst überlassen. Das zeigen die Amnesty-Recherchen.

Bei Redaktionsschluss sind wir schockiert über die Situation in der Ukraine. Der russische Einmarsch hat dramatische Folgen für Menschenrechte und Menschenleben. Amnesty hat seit 2014/15 im bewaffneten Konflikt in der Ostukraine Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit dokumentiert. Das Amnesty-Krisenteam beobachtet die aktuellen Ereignisse genau, insbesondere auf Verletzung des humanitären Völkerrechts. Gleichzeitig müssen wir andere Krisen und Menschenrechtsverletzungen weltweit im Blick behalten. Damit es im Schatten des Krieges anderswo nicht zu neuen Menschenrechtskrisen kommt oder bestehende sich verschärfen.

Auch Afghaninnen und Afghanen brauchen weiter unsere Solidarität. Amnesty setzt sich dafür ein,

- bei internationalen Gesprächen mit den Taliban jeglichen Verhandlungsspielraum zu nutzen, um die Rechte von Frauen und Mädchen zu schützen;
- Mittel für die Durchführung von Programmen und Projekten zur Förderung der Rechte von Frauen in Afghanistan bereitzustellen;
- dass keine Abschiebungen aus Deutschland nach Afghanistan stattfinden.

Um politisch und finanziell unabhängig zu bleiben, nehmen wir keine staatlichen Mittel an. Bitte unterstützen Sie unsere Menschenrechtsarbeit mit Ihrer Spende. Danke!



